Nummer 98

Mit Kurszettel — Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. — 71. Jahrgang — Sonnabend, 27. Februar 1926

Mussolini an der Seite Frankreichs und Polens.

Hinhaltende Erklärung Baldwins.

Manche englischen Blätter geben sich den Anschein zu glauben, daß die polnische Frage bei der Völkerbundstagung in Genf infolge des Einspruchs Schwedens oder Japans sich sozusagen von selbst lösen werde. In der Tat muß ja der Völkerbundsrat einstimmig der Aufnahme eines neuen Mitgliedes in den Rat zustimmen, und ein Nein Schwedens, das Ratsmitglied ist, würde Polen den Eintritt in den Rat verwehren. Aber so töricht, an diese einfache Lösung zu glauben, ist doch kein politisch unterrichteter Mensch. Die große Frage ist die, ob England dem französischen Drängen nachgibt und dann gemeinschaftlich mit Frankreich auf die anderen in Betracht kommenden Staaten einen Druck ausübt oder ihre Zustimmung zur „englisch-französischen Formel" durch irgendwelche Gegenleistungen erkauft. Bisher ist es noch nie vorgekommen, daß die kleineren Mitglieder des Völkerbundes sich den gemeinschaftlichen Vorschlägen Englands und Frankreichs oder gar aller Großmächte widersetzt hätten. Wer die Verhältnisse im Völkerbund anders darstellt, belügt sich und andere. In London erwartet man, daß das Kabinett am nächsten Donnerstag im Unterhaus zur Völkerbundsfrage Stellung nehmen wird. Wir fürchten aber, daß auch dann noch nicht klar zu ersehen sein wird, ob England in der übernächsten Woche in Genf seinen Eintritt für oder gegen Polen geltend machen wird.

Mussolini hat es für gut befunden, gerade in diesen erregten Tagen von sich aus Frankreich eine Freundschaftserklärung zu übermitteln und zu erklären, daß er ebenso wie Frankreich für die Zuteilung eines ständigen Ratssitzes an Polen sei. Italien und Frankreich hätten überhaupt die gleichen Interessen, die Frage der Behandlung der Italiener in Tunis, wo die Franzosen die starke italienische Kolonie zu französieren suchen, hält er persönlich nicht für wichtig, wie überhaupt alle Fragen, die zwischen Frankreich und Italien bestehen. Mussolini wirft also das politische Schwergewicht Italiens in die Waagschale für Frankreich gegen die öffentliche Meinung Englands und wir fürchten, daß dadurch das englische Kabinett noch mehr zur Nachgiebigkeit veranlaßt wird.

Ueber die Völkerbundsfrage hinaus interessieren uns Deutsche Mussolinis jüngste Aeußerungen noch besonders deswegen, weil er abermals sein Programm der gewaltsamen Italianisierung des deutschen Südtirol verkündet und dem deutschen Volke das Recht auf Bildung eines einigen Staates abgesprochen hat. Derselbe Mussolini, der für das Italienertum das große Reich mit strategischen Grenzen als heiligstes, göttliches und natürliches Recht fordert, spricht das gleiche Recht dem deutschen Volke ab. Er sagt, er sei Realpolitiker und will keinen geschlossenen Block der 80 Millionen Deutschen im Herzen Europas.

Es wäre töricht, leugnen zu wollen, daß Deutschland solch zweierlei Recht nicht anerkennen kann, und daß ein dauernder Frieden mit gegenseitigem Vertrauen dabei nicht möglich ist.

Auch die große Mehrheit unseres Volkes, die jetzt noch an die pazifistischen Phantasien glaubt, wird das früher oder später begreifen müssen.

Dr. O.

Abgeordnete und Lords aller Parteien bei Baldwin.

EP London, 27. Februar.

Das englische Kabinett wird die Frage seiner Stellungnahme zum Problem der permanenten Sitze im Völkerbundsrat am Mittwoch behandeln. Den „Times" zufolge wird Baldwin bereits am Mittwoch nachmittag im Unterhaus eine Erklärung über die Haltung der Regierung in dieser Angelegenheit abgeben.

Baldwin empfing gestern eine Abordnung von Abgeordneten und Lords aller Parteien. Der Führer der Abgeordneten erklärte, daß zahlreiche Mitglieder des Parlaments fest überzeugt seien, der Geist von Locarno würde verletzt, wenn ein ständiger Völkerbundsratssitz gleichzeitig mit Deutschland an Polen und Spanien gewährt würde. Baldwin erklärte, daß er zu seinem Bedauern augenblicklich über die Haltung der englischen Regierung in dieser Frage nichts mitteilen könne. Die gleiche Abordnung wird am Montag oder Dienstag von Chamberlain empfangen werden. Man glaubt aber nicht, daß Chamberlain in der Lage sein wird, mehr zu sagen als Baldwin, doch besteht Aussicht über eine Regierungserklärung in dieser Angelegenheit im Verlaufe der Parlamentssitzung am nächsten Donnerstag.

Ein Kompromißvorschlag aus Völkerbundskreisen.

Gerüchte über Rücktrittsmöglichkeiten Chamberlains.

TU London, 27. Februar.

Aus Kreisen des Völkerbundes ist, der „Times" zufolge, der Regierung ein Kompromißvorschlag in der Völkerbundsratsfrage gemacht worden. Spanien soll danach gleichzeitig mit Deutschland einen permanenten Sitz im Rat erhalten. Es wird darauf hingewiesen, daß die Kandidatur Spaniens schon im Jahre 1922 vorgebracht wurde und lediglich durch die feindselige Haltung Brasiliens gescheitert sei. Spanien werde mehr als irgend ein anderes Land durch den neuen Vorschlag berührt, daß die Staaten nur drei Jahre nichtpermanente Mitglieder des Rates sein sollen und dann für weitere drei Jahre nicht mehr gewählt werden können. Es wird indessen vorgeschlagen, daß Spanien einen permanenten Sitz nicht ohne die vorherige Zustimmung Deutschlands erhalten soll. Falls dies erfolge, würde ein nichtpermanenter Sitz im Rat frei werden, und es wird vorgeschlagen, daß diese Stelle Polen entweder im März oder auf der ordentlichen Versammlung des Völkerbundes im September zugeteilt wird. Dieser Plan könne indessen nicht ohne die Zustimmung aller Mitglieder des Völkerbundsrates ausgeführt werden. Es seien noch keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß die Opposition Schwedens im Nachlassen begriffen ist. Die Haltung eines oder zweier anderer Mitglieder sei gleichfalls zweifelhaft und möglicherweise ungünstig. Große Bedeutung lege man auch der Haltung Italiens bei. Von den Staaten, die nicht Mitglieder des Rates sind, stimmen die Niederlande und Norwegen im wesentlichen mit Schweden überein. Der holländische Gesandte hat, wie verlautet, die Aufmerksamkeit der britischen Regierung auf die Tatsache gelenkt, daß jede Vergrößerung des Völkerbundsrates nur zu dem Zwecke der Verbesserung und Verstärkung der Zusammensetzung des Völkerbundsrates gemacht werden könne und nicht von irgendwelchen Erwägungen politischer Schwierigkeiten des Augenblicks abhängen dürfe. Dem diplomatischen Korrespondenten der „Daily Telegraph" zufolge hat die holländische Regierung eine formelle Demarche nicht unternommen.

„Daily Graphic" behauptet, in den Wandelgängen werde von der Möglichkeit eines Rücktrittes Chamberlains gesprochen. Der politische Berichterstatter der „Dail Mail" schreibt, die Frage des Völkerbundsrates sei gestern auch vom Kabinett erörtert worden. Es könne mit Sicherheit erklärt werden, daß Chamberlain, ohne Rücksicht darauf, wie seine persönliche Ansicht über diese Frage lauten sollte (und es sei bekannt, daß diese sich nicht ganz mit der seiner Kollegen deckt), nach Genf gehen werden mit klaren Anweisungen des Kabinetts, wonach es im gegenwärtigen kritischen Moment wesentlich sei, daß den Wünschen Deutschlands volle Beachtung geschenkt werde, wenn nicht das in Locarno und London vollbrachte Werk zerstört werden solle.

Die angebliche Bedrohung durch das Deutschtum.

Paris, 27. Februar.

Der Vertreter des „Petit Parisien" wurde von Mussolini empfangen, der ihm offenbar schriftliche Erklärungen übereichte, in denen er sich über die sogenannte Bedrohung durch das Deutschtum aussprach.

Mussolini erklärte, man habe die Bedrohung durch das Deutschtum aufzeigen müssen. Man dürfe die Menschen nicht so sehen, wie man sie gerne haben möchte, sondern so, wie sie sind. Mussolini wies auf Kundgebungen der letzten Tage in Deutschland hin, auf eine Kundgebung in Hamburg auf dem Kongreß republikanischer ehemaliger Frontkämpfer, auf dem Reichstagspräsident Löbe das Wort ergriffen habe (anscheinend meint er den Reichsbannertag). Er erwähnte, daß man hier mit hunderten von Fahnen defiliert sei und daß auch eine österreichische Delegation anwesend gewesen sei, die besonders beklatscht wurde. Diese Leute, so meint Mussolini, vergäßen nichts und leisteten nicht Verzicht, sie gäben auch ihre Freunde von früher nicht auf. Seine Intervention sei keine impulsive Geste gewesen, keine schlechte Laune, sondern die Handlung eines verantwortlichen Regierungschefs, der klar sehen wolle und der sich nicht scheue, laut zu sprechen, um verstanden zu werden. Man habe ihn gehört und das italienische Volk, das keine Gefahr geargwöhnt habe, begreife ihn jetzt und sei sein wertvollster Mitarbeiter geworden. Seine Politik sei Realpolitik, deshalb halte er die Augen offen und es sei sein Wunsch, daß man das auch anderwärts tue. In Hamburg hätten die sogenannten Republikaner Resolutionen zugunsten der Wiederherstellung des germanischen Blocks, der Gruppierung alles dessen um Deutschland, was losgelöst sei, gefaßt. In Deutschland habe sich also nichts geändert. Es gebe Paraden in Deutschland, man bereite sich vor. Mussolini wies auch auf die, wie er sich ausdrückte, zivile Luftschiffahrt hin und sprach von 24 Luftlinien, die angeblich in Berlin endeten. Auch auf den Eisenbahnen habe man bis jetzt die Einrichtung einer Eisenbahnmiliz verschwiegen. Sie sei keine Vorsichtsmaßregel für den Streik, in Deutschland gebe es keinen Streik, wenn es sich darum handle, Krieg zu machen. Sie bedeute lediglich, daß der Generalstab aufs Neue die Hand auf die Eisenbahnen gelegt habe. Gewiß gebe es beruhigende offizielle Erklärungen; er verfolge sie, er verfolge aber auch die anderen Kundgebungen mit der gleichen Aufmerksamkeit. Mussolini erklärte weiter, er habe in

Südtirol

gesehen, daß dort alles deutsch gewesen sei, Beamte, Lehrer, Klerus, Eisenbahn und Post. Man habe nur deutsch gesprochen. Man habe Hymnen gesungen, deren Sänger in Rom verhaftet worden wären. Für eine Bevölkerung von 250 000 Menschen, Italiener einbegriffen, habe man 24000 Feuerwehrleute (!) gehabt. Als er dies gehört habe, habe er sich gesagt, daß dort ein Brandherd (!) sei. In Wirklichkeit seien all diese Feuerwehrleute bewaffnet gewesen. In all das habe er nun gute Ordnung gebracht. Mussolini sucht seine Anordnungen in diesem Grenzgebiete zu rechtfertigen, auch daß jetzt der Unterricht im Italienischen obligatorisch sei und daß alle Post- und Eisenbahnbeamten Italiener seien. Es vollziehe sich jetzt die Ansiedlung italienischer Familien. Tausend Familien ehemaliger Frontkämpfer würden dorthin gebracht, denen Freiland zur Kultivierung zur Verfügung gestellt werden solle. Auch habe man in Meran eine Stickstoffabrik gegründet, um 400 weitere italienische Familien heranzuziehen, und in der Umgegend sei eine Zinkgrube, wo ebenfalls mehrere hundert italienische Familien beschäftigt würden. Der deutsche Block umfasse eben 80 Millionen Menschen.

Schließlich sprach sich Mussolini über

die Beziehungen Frankreichs zu Italien

aus, deren Interessen die gleichen seien, und die durch keine ernste Frage getrennt seien. Für die Zuteilung eines ständigen Sitzes im Völkerbundsrat an Polen trete er ein, das habe er am letzten Sonnabend dem polnischen Gesandten erklärt. **Polen müsse zugleich mit Deutschland eintreten und nicht später,** denn Polen sei auch in Locarno gewesen.

Auf die Tunis betreffende Frage wurde gesagt, Mussolini glaube, daß leicht eine Verständigung in Nordafrika zustande kommen werde. Obgleich die italienische Presse nur selten davon spreche, gebe es für die Italiener hier einen empfindlichen Punkt, es gebe sogar deren mehrere, sie seien aber nicht ernst. Persönlich lege er ihnen keine Bedeutung bei, aber sie hätten die Unannehmlichkeit, Pressekampagnen hervorzurufen und die öffentliche Meinung zu beunruhigen.

Außerdem sprach er von den Antifaszisten, die sich in Frankreich aufhalten, und von gewissen Zeitungsartikeln, die angeblich die öffentliche Meinung widerspiegelten. Er sagte, daß dies nicht der Fall sei, aber die große Masse täuschten sie. Gewiß gebe es aggressivere Artikel in England; wenn man ihnen weniger Bedeutung beilege, sei es deshalb, weil man die englische Presse nicht lese. Man verstehe wenig Englisch in Italien und England sei weit.

Zum Schluß des Interviews spricht Mussolini über den Faszismus. Man könne die politische Auffassung des Faszismus vortrefflich oder verabscheuungswürdig finden: er suche sie außerhalb Italiens niemanden aufzuzwingen, aber er glaube, daß sie gut sei.

Gemeingefährliche Pläne der Parlamentsjustiz.

Wie wir bereits mitteilten, hat die Mehrheit des Femeausschusses des Preußischen Landtages die Kritik, die einige Zeugen an der Einrichtung und der Zusammensetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses geübt haben, zum Anlaß genommen, juristische Gutachten von den zuständigen Stellen über die Disziplinargewalt der Untersuchungsausschüsse einzuholen. Die Einholung dieses Gutachtens, das, soweit wir die preußische Regierung und das preußische Justizministerium kennen, ganz im Sinne der Auffassung der Ausschußmehrheit ausfallen wird, dürfte das Vorspiel dazu sein, daß der Ausschuß sich dann eine Disziplinargewalt verleihen wird, die so weit gesteckt ist, wie es die Mehrheitsparteien des preußischen Landtages und seiner parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zur Erreichung ihrer parteipolitischen Ziele für notwendig halten. Die Begleitmusik zu dieser wohlberechneten Aktion gibt einer der Führer der Mehrheit im Landtage und im Femeausschuß, der Kölner Zentrumsabgeordnete Dr. Schwering, der Vertrauensmann Dr. Wirths im preußischen Zentrum. In einem Leitartikel der katholisch-sozialistischen „Germania" hält er es für selbstverständlich, daß den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen ein Disziplinarrecht im gleichen Umfange eingeräumt werden muß, wie es in der Strafprozeßordnung den Richtern zusteht. Danach würde also „der Ausschuß sowohl in der Lage sein, Freiheitsstrafen zu verhängen, wie auch Geldbußen wegen ungebührlichen Verhaltens auszusprechen". Schwering stellt fest, daß die klare Entscheidung über diese Angelegenheit jetzt nicht mehr umgangen werden könne; denn es liege auf der Hand, „daß das Strafrecht dem Charakter des Untersuchungsausschusses entsprechend in die Hände der Mehrheit des Ausschusses gelegt ist".

Es ist, wie gesagt, kaum daran zu zweifeln, daß dieser Wunsch der Herren Schwering und Genossen in Erfüllung geht, denn die Linksmehrheit im preußischen Landtage hält fest zusammen, und Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten haben in Preußen bei allen Gegenständen der Untersuchungsausschüsse, mögen sie sich nun mit Barmat oder Fememorden oder mit sonst etwas beschäftigen, das gleiche Interesse daran, daß die Untersuchung und der Gang der Verhandlung vor dem Ausschuß sich ihren parteipolitischen Zwecken anpaßt. Das Spiel, das wir so oft bei dieser Art von Ausschüssen beobachten mußten, wird also nun demnächst, feierlich sanktioniert, weitergehen. Vor dem Ausschuß steht ein Zeuge, der politisch der genannten Mehrheit unbequem ist. Die Mehrheit beschließt, dem Zeugen Fragen vorzulegen, die er nicht beantworten will und darf. Die Mehrheit beschließt, die Verweigerung der Antwort als Renitenz des Zeugen auszulegen und ihn kraft der Disziplinargewalt des Ausschusses zu bestrafen. Der Zeuge wird in Strafe genommen, weil die Linksmehrheit des preußischen Landtages es will. Oder: Ein Zeuge wird verhört. Im Barmatausschuß und im Femeausschuß werden Zeugen, die den Rechtsparteien anzugehören scheinen, grundsätzlich von Herrn Kuttner verhört. Wer sich derartige Verhöre einmal mit angehört hat, weiß, welche Selbstbeherrschung dazu gehört, um Herrn Kuttner gegenüber nicht die Ruhe zu verlieren. Wer die Ruhe einmal verliert und von der Zurückhaltung zur Wahrheit übergeht, wer einmal, wie etwa der Zeuge von Oppen, bei solcher Gelegenheit dem Ausschusse das sagt, was der Ausschuß ist, der kann wegen Ungebühr sofort in Haft genommen und ins Gefängnis geführt werden. Und das, weil die vier Linksparteien des Preußischen Landtages es wünschen.

Wir möchten wissen, was die Herren zwischen dem Zentrumsmann Schwering und dem Kommunisten Obuch sagen würden, wenn es in Preußen eine Rechtsmehrheit gäbe, und von dieser Rechtsmehrheit eine derartige Disziplinargewalt gefordert und ausgeübt würde. Dann würde man über Vergewaltigung, Terror und Mißbrauch des Parlamentarismus schreien. Mit vollem Recht!

Aber wie gesagt, wir fürchten, daß die demokratisch-sozialistisch-kommunistische Mehrheit des Landtages sich durchsetzt und deshalb sind wir der Ansicht, daß sofort Schutzmaßnahmen für die Opfer der Untersuchungsausschüsse, und zwar ganz im Sinne der Strafprozeßordnung, geschaffen werden müssen. Es muß jeder, der als Zeuge und Angeklagter vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu erscheinen hat, das Recht erhalten, sich einen Rechtsanwalt mitzubringen. Der

Aufdeckung einer ukrainischen Militärorganisation in Lemberg.

TU Lemberg, 26. Februar.

Die Nachforschungen, die der Polizeiinspektor Sawicki nach Beendigung des Steiger-Prozesses nach der geheimen ukrainischen Militärorganisation, von der während des Steiger-Prozesses häufig die Rede war, angestellt hat, haben nun zu einem Erfolg geführt. Die Polizei überraschte die Mitglieder der Organisation bei einer Beratung. Alle wurden verhaftet. Man fand umfangreiches belastendes Material vor. Es stellte sich heraus, daß die Organisation mit ihrer Berliner Zentralstelle in Verbindung stand. Geplant war eine großzügige Aktion gegen Polen. Weiter wird gemeldet, daß man bei der Durchsuchung des Raumes den Stempel der Militärorganisation, sowie schriftliche Befehle der Berliner Zentralstelle vorfand. Aus den zutage geförderten Schriftstücken geht zweifelsfrei hervor, daß Olszanski das Attentat auf den Staatspräsidenten verübt hat.

Neuordnung des Heerwesens in Norwegen.

Oslo, 26. Februar.

Im heutigen Staatsrat wurde eine Vorlage über die Neuordnung des Heerwesens eingebracht. Diese geht darauf hinaus, die Landesverteidigung mit den wirtschaftlichen Kräften des Landes in Uebereinstimmung zu bringen. Es wird vorgeschlagen, die Zahl der Mannschaften dadurch zu verringern, daß ein Drittel der Rekruten Freilose ziehen kann. Die Verwendung der Mannschaft zu anderen als zu rein militärischen Arbeiten wird erweitert. Die Kadres werden aufrecht erhalten, so daß leicht größere Kräfte aufgestellt werden können, falls sich dies als notwendig erweist. Die Uebungszeit wird durch eine Rekrutenschule von 72 Tagen erweitert. Innerhalb jedes Bataillons wird eine Kompagnie aufgelöst. Die Verwaltung wird vereinfacht und die Zahl der festangestellten Offiziere verringert. Während die jetzigen Ausgaben für das Heer ca. 50 Millionen Kronen betragen, nimmt man an, daß die neue Heeresforderung eine Ausgabe von 30 Millionen Kronen mit sich bringen werde.

Nintschitsch fährt nach Paris.

Paris, 27. Februar.

Nach dem „Petit Parisien" wird der serbische Minister des Aeußeren Nintschitsch entgegen anderslautenden Meldungen doch nach Paris kommen und am kommenden Dienstag eine Unterredung mit Briand haben.